

Sozial-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

werden d. Gesellsch. 34 mm br. Milli-
meterweite oder deren Raum mit
25 Pf. berechnet u. in unferen An-
nahmenstellen u. allen Anzeigenge-
schäften angenommen. Bestanden
die 22 mm br. Millimeterweite 75 Pf.
die 20 mm br. Millimeterweite 60 Pf.
Anzeigen - Annahmestellen: vor m.
11 Uhr, für die Sonntags- u. abds.
u. 1 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erstausgabe: Halle. Erscheint
Mittw. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Verkaufsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a, Gr. Brau-
hausstr. 17. Neben-Verkaufsstelle:
Mittw. 24 und Große Ulrichstr. 32.

Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
ausw. Zustellungsgebühr. De-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
am 1. d. Zeitungserwerb ist unter
Einschaltung eingetragen. Für
unregelmäßig eingegangene Mon-
atshefte wird keine Gewähr über-
nommen. Rücksende nur mit der
Zustellungsgebühr. Halle, Zeitung ge-
stattet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 602.

Halle, Mittwoch, den 24. Dezember 1919.

Einzelpreis 15 Pfg.

Aufruf an die Kriegsgefangenen.

An die deutschen Kriegsgefangenen.

W. B. Berlin, 24. Dez. (Drahtnachricht.) An dem Tage, an dem die Heimat ihre in Kriegsgefangenschaft zurückgebliebenen Söhne am bittersten entbehrt, sendet die Reichsregierung im Namen des ganzen deutschen Volkes den Kriegsgefangenen die Grüße des Vaterlandes — am Weihnachtsfest. Jeder deutschen Familie im vertriebenen Kreise ist es deshalb ein Tag des Gedankens an alle diejenigen, welche schmerzhaft vermissen, deren Rücktritt schon längst erwartet wird. Dieses letzte Jahr war mehr noch als alle vorausgehenden für die Gefangenen wie für das ihre Rückkehr ersehnte Vaterland reich an immer wieder enttäuschten Hoffnungen. Nichts desto weniger wiederholte Versuche der Reichsregierung, die Rückführung der Kriegsgefangenen vor der Weihnachtszeit des Friedens durchzusetzen, haben leider nur Teilweise Erfolg gehabt. Inzwischen ist der endgültigen Welterlösung des Friedensvertrages so nahe gerückt, daß auch den jetzt noch Zurückgebliebenen der Tag der Heimkehr bald anbrechen wird. Die Reichsregierung ersucht euch in dieser Stunde, daß sie die rastlosen Bemühungen, alle in Europa über See noch festgehaltenen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit möglichst früher Heimkehr in die Heimat zurückzuführen, nicht eher abbrechen wird, bis der letzte Mann wieder in der Heimat ist. Sie bittet die Gefangenen darauf zu vertrauen und nach allen tapfer überstandenen Jahren Leiden und Entbehrungen auch noch die kurze Spanne, die sie jetzt noch vom Tage der Heimkehr trennt, in Geduld zu ertragen.

Die Reichsregierung:

Maner, Schiffer, Dr. Hell, Dr. David, Erbacher, Dr. Gepler, Gieseler, Koch, Dr. Mayer, Müller, Noke, Schlie, Schmidt.

Die Lieferung des Hafensmaterials.

Halle, 24. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Pariser Meldung der „Nationalzeitung“ erscheinen die deutschen Einwände wegen Lieferung von Hafensmaterial hinsichtlich gefunden worden zu sein. Die englische Regierung soll sich ursprünglich auf Grund oberschätzter Berichte über die Zonane im Hafen von Panaja entschieden haben. Gewisse Tods sollen doppelt gestrichelt worden sein.

Die deutsche Kommission bleibt in Paris.

Paris, 24. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Freijerr v. Versner und Herr v. Simson werden anderstehenden Nachrichten entgegen Paris heute abend nicht verlassen. Nur die Schiffahrtsbehörden reifen nach Berlin, da ihre Aufgaben für den Augenblick erledigt sind. Freijerr v. Versner stattete gestern Drouot einen Besuch ab und teilte ihm mit, daß er seiner Absicht, am Abend abzureisen, nicht Folge gebe, ebenso wenig wie Herr v. Simson.

Vorbekahllose Unterzeichnung?

Paris, 22. Dez. (Havas.) Es ist wahrscheinlich, daß der Oberste Rat heute morgen in seiner Sitzung beschließen hat, die Forderung an österreichischen Behörden, daß Deutschland das Provisorium vom 1. November bezüglich der Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen und der Lieferung von 400 000 Tonnen Hafensmaterial als Ersatz für die bei Capoa fließend verlustigen Schiffe unterzeichnet. Inzwischen werden sich die Militärs verpflichtet, im Falle des Nachweises, daß ihre Einrichtungen des deutschen Hafensmaterials zu hoch sind, diesem Umfang Rechnung zu tragen und ihre Forderungen entsprechend zu ermäßigen.

Wann wird unterzeichnet?

Berlin, 24. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die mir von autorisierter Seite erfahren, wird die neue Note der Entente, die den Termin der Unterzeichnung des Pariser Anstaltungsvertrages enthält, am Sonnabend in Berlin erwartet. Die Unterzeichnung wird voraussichtlich in der ersten Januarwoche stattfinden.

Einem wirtschaftlichen Chaos gegenüber.

W. B. Amsterdam, 24. Dez. Die „Weltanschauung“ Radio“ ans Garavano meldet, wurde im englischen Oberhaus über die Lebensmittelnot in Österreich verhandelt. Garavano erklärte, man stehe in Mitteleuropa einem wirtschaftlichen Chaos gegenüber. In Wien sei die Lage ernst und traurig, die Sterblichkeit unter den Kindern sei furchtbar. Er schloß die Maßnahmen, die von den Alliierten getroffen wurden, um die Not Österreichs zu lindern und sagte, die kritischste Periode werde zwischen Winterende und der nächsten Ernte kommen. Eine der Vereinigten Staaten sei jedoch die Gewährung eines Credits auf zweier

Grundlage nicht möglich. Der Großhändler von Canterbury sagte, alle christlichen Adressaten Europas würden am nächsten Sonntag Sammlungen zugunsten des Hilfswerks für Mitteleuropa vornehmen.

Frankreichs Militarismus.

Herr Doumergue, Frankreichs ehemaliger Ministerpräsident, hat einen Gegenentwurf ausgearbeitet, der die militärische Dienstpflicht auf ein Jahr festsetzt, und Doumergue erklärt, das geräte vollständig. Vor einigen Tagen habe die französische Regierung verstanden lassen, sie wolle den dreijährigen Dienst abschaffen und den zweijährigen einführen. Aber nach dem Londoner Beschl. Clemenceaus ist er anderer Ansicht geworden. Jetzt verbreitet sie, der Ministerrat habe sich überhaupt nicht mit der Frage beschäftigt, die dreijährige Dienstpflicht bleibt also. Frankreich hat ebenbürtig den Jahrgang 1900 unter den Jahren. Es hat 40 000 Mann in Indien, Kontingente an der Donau, 155 Offiziere und 600 Mann in Berlin, 50 000 Mann als Gefangenensoldat, 150 000 Mann Besatzungstruppen am Rhein usw. Und es verlangt, durch eine Verteilung seiner Armee mindestens die Kriegsmacht, die schon über die Balkanfront Frankreichs hinausging, beizubehalten, also insgesamt eine halbe Million Mann unter den Waffen zu haben. Frankreich will also die stärkste Militärmacht Europas bleiben, somit die historische und vollständige Friedenspolitik in die gleiche Rolle weiter spielen.

Eine Rede Clemenceaus.

Paris, 24. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) In der Kammer hat Clemenceau auf eine Anfrage des sozialistischen Abgeordneten Gachin, Erklärungen über die auswärtige Politik abgegeben. Der Ministerpräsident bestrich über die mit England und den Vereinigten Staaten abzuschließenden Garantieverträge und kam dann auf die anlässlich der Londoner Konferenz geleisteten Arbeiten zu sprechen, die von Werteset, der sich noch in London befindet, fortgesetzt werden. Er hob die Notwendigkeit eines amerikanischen Bündnisses mit England hervor und kritisierte die Räumfrage, die man jetzt in einer alle befriedigenden Weise zu lösen hoffe. Bei der Erwähnung der Probleme, die den Ballan, Anatolien, Syrien und Polen betreffen, erklärte Clemenceau, die Frage von Konstantinopel sei noch immer in der Schwebe. Man werde die gegenwärtigen in London, zur nächsten Session herüber, Frankfurter Clemenceau die Sozialisten in hiesigen Anbrosieren. Sie sei die barbarische und bestgehagte Regierung, die sie kritisiert habe. Er sagte: Nicht nur machen wir keinen Frieden mit Sowjetrußland, wir werden uns auch nicht mit ihm abfinden. Clemenceau erinnert: an die schweren Opfer, die Frankreich und England gebracht hätten, um Auslands Patrioten zu unterstützen, von denen man hätte annehmen können, daß sie ihr Land wieder aufzurichten würden. Er betonte, daß dies: Aufwendungen nicht ewig weiter dauern würden. Deutschland schied sich an, heimlich einen Teil Auslands zu verlassen. Deshalb müsse man um Aufhebung eines Tages der Bedenken gehen. Von wemem Versuch unterbrengen, schloß Clemenceau mit dem Hinweis, daß man den rechten Augenblick zu überlegen hätte. Er kündigte die Absicht der Regierung an, nach Beendigung der Waffenstillstandsfrage und nach Beendigung des Schiedsvertrages sein werde. Die Kammer drückte Clemenceaus eine Zustimmung aus. Hieran fragte Gachin an, ob es wahr sei, daß einige Nationen sich in den Darstellungen und in Konstantinopel festhalten, um die Räumfrage zu verweigern. Clemenceau verneinte dies. Der sozialistische Abgeordnete warf der Regierung vor, daß sie den Kriegszustand mit Rußland aufrecht erhalte und sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmische. — Schluß nahm die Kammer eine Tagesordnung mit 458 gegen 71 Stimmen an, die lautet: Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihre Vertrauen aus. Sie verweist jeden Punkt und nicht zur Tagesordnung über. Danach verlegte sich die Kammer bis zum nächsten Dienstag.

Tatsächliche Auswanderung nach Frankreich.

Brüssel, 24. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die belgischen Zeitungen sind voll von Klagen darüber, daß die belgischen Arbeiter in Massen mit ihren Familien nach Frankreich auswandern, weil die dortige Regierung in verlässlicher Weise für die Arbeiter sorgt als die belgische. Sollte die belgische Regierung nicht ernste Maßnahmen treffen, in belgische man in Belgien einen Mangel an Arbeitskräften.

England und der Völkerbund.

W. B. Amsterdam, 24. Dez. „Telegraf“ meldet aus London: Am Unterhaus fragte Lord Robert Cecil, welche Schritte zur Vorbereitung der Teilnahme Englands am Völkerbund unternommen und welche Minister mit dieser Aufgabe betraut werden. Bouterwek erwiderte, die dafür notwendigen Maßnahmen werden unter der allgemeinen Kontrolle des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten getroffen.

Die deutsche Valutakommission.

Ihr Amt und ihr Zweck.

—r. Berlin, 22. Dezember 1919.

Zum Reichsfinanzministerium trat am Freitag voriger Woche zum ersten Male die ständige Valutakommission zusammen. Sie hat es eilig. Sie will die Zeit vor dem Weihnachtsfest ausnützen. Sie arbeitet lieberhaft an ihrer eigenen inneren Organisation und an der Bildung von recht vielen Unterkommissionen, wie das eben die Art solcher bürokratischen Geübde ist. Da aber in ihrer Mitte eine Reihe sehr kluger und erfahrener Leute sitzen, hat man sich auch bereits Gedanken darüber gemacht, was man eigentlich zu sagen habe, d. h. wieviel die amtliche Macht reicht, und in diesem Punkte ist man zu einem geradezu niederschmetternden Ergebnis gekommen. Die ständige Valutakommission hat gar nichts zu sagen. Sie wird ständig in der Luft hängen. Sie hat nur einen beratenden Charakter. Auf die deutsche Politik und die deutsche Wirtschaft der nächsten Zeit kann sie nicht einwirken, nicht durch Beschlüsse, nicht durch Verbote. Dazu kommt noch folgendes: Die Kommission ist aus wirklich Sachverständigen zusammengesetzt, nicht aus politischen Gesinnungstüchtigen. Es sind Männer der Bankwelt, des Handels, Finanzleute, nicht Politiker, die mit den Führern der Regierung ein Herz und eine Seele sind. Ihre Weltanschauung, ihre Staatsauffassung weicht von der heute herrschenden ab. Das ist nicht Kritik des Kommissars dieser Zeiten, das ist die Herren der Kommission, die er es hören will, selber mit. Sie werden sich jedenfalls nicht verantwortlich machen lassen für die Weisheiten, die die Regierung in der nächsten Zeit in Angelegenheiten der Wirtschaft und Finanzpolitik fassen werde. Das ist, wie man sieht, ein Stieb gegen Herrn Erzberger, der kurz vor Vorentscheid in der Nationalversammlung unter deutlichem Hinweis auf die Valutafrage erklärte, es sei etwas am Werke, aber er dürfe nicht alles öffentlich sagen. Also eine Valutakommission? Von wem? Bei wem? Und alles ohne Zustimmung der neuen ständigen Valutakommission? Die Kommission wird ihre Arbeit auf lange Zeit einrichten müssen. Sie wird an der Fikdarbeit der nächsten Wochen und Monate keinen Teil haben. Kommt mit Jahresabschluss in Paris endlich der Friede auf, so wird der deutsche Kurs ebenfalls einige Sprünge nach oben machen. Als Deutschland im Sommer dieses Jahres den Versaillesvertrag unterschrieb, konnte man in Basel plötzlich 50 Renten für eine Mark bekommen. Es war eine kurze Freude, die Aufwärtsbewegung sehr vorübergehend. So wird es auch jetzt sein. Und es wird Leute geben, die in ihrer ersten Freude glauben, die Valutakommission sei gar nicht mehr nötig. Sie werden sich täuschen. Die Valutakommission hat ihre Aufgabe und sie wird zum Segen unseres armierten Vaterlandes wirken, wenn sie ihre Aufgabe im größten Maße, fast möchte wir sagen, im genialsten Sinne ausfüllt. Es liegt bereits eine gewaltige Literatur über Valutafragen vor, darunter viel unbrauchbares, wenn auch auf dem neuesten Stande. Aber in der Ehren liegt manches Weizenkorn. Das Wertvolle, das Notwendige herauszufinden, das muß das Ziel der Experten sein. Laßt sie ruhig bis zur Murren gehen. Laßt sie an der eigentlichen Währungsfrage, an der Golddeckung rütteln, Leute, die nicht in den Auffächelungen der Banken sitzen, keine Kommerzienräte und keine Geheimräte sind, haben übergenügend nachgedacht, daß Deutschlands schwarze Diamanten, die Kohlen, richtig „sozialisiert“, einen Erlös für das fehlende Gold darstellen. Der geistvolle — Finanzminister R. D. Francès schreibt soeben in einem durch die Tagespresse laufende Artikel, daß das Geld als Grundlage einer deutschen Währung und als allen Völkern helfen könnte. Um 1000 Milliarden Mark Kapitalwert ist der deutsche Nationalwohlstand tatsächlich und unbestreitbar größer, als gemeinsam in der rechnerischen Berechnungen des Tages eingeleitet werde. Das soll im „Keller“ des Reiches bei eben so sicher wie eine Goldmine der Reichsbank in gleicher Höhe phantastieren? Aber aus Phantasten wurden alle reifen Erfindungen geboren. Wer hätte gedacht, was der Stiefel aus der Luft in der Glodde des Krieges bedeuten würde! Wir müssen eine Valutakommission machen, sonst kommen wir nicht aus dem Elend heraus. Die Valutakommission wird sich ein unersetzliches Verdienst um das deutsche Vaterland erwerben, wenn sie nicht der Regierung Erzberger nach dem

Der Wanderer durch die Mark

